

Die Politik, und allen voran das Parlament, nimmt lieber den Hintereingang, als vor das Volk zu treten

Nach einem schwierigen Jahr zeigte diese Session vollends, wo das grosse Problem des Parlaments liegt. Wir diskutieren stundenlang um Paragraphen, um Wörter und um Kommas, statt uns den Problemen zu stellen, die die Menschen in unserem Land beschäftigen.

Als wir am Dienstag der zweiten Sessionswoche von der Fraktionsleitung informiert wurden, dass wir am Donnerstag wegen einer erwarteten Bauerdemonstration nicht den Haupteingang des Bundeshauses benutzen dürfen, sondern durch den Hintereingang „huschen“ sollten, ist mir ein lautes: "Das darf doch nicht sein" rausgerutscht. Doch niemand hat den Ball aufgenommen. Wieso sich Parlamentarier vor den Bauern fürchten sollen, ist mir absolut unklar. Schliesslich wollen ja die Bauern, dass wir sie unterstützen und werden wohl kaum so dumm sein, uns in irgendeiner Art zu bedrohen. Aber eben, die Geschäftsleitung des Parlaments überlässt solche Überlegungen der Polizei und kümmert sich lieber um Paragraphen. So haben wir am Donnerstag – wohl oder übel – den Hintereingang benutzen müssen. Der Bundeshausplatz war derweil komplett leer, kein einziger Bauer war da. Aber Sicherheitsgitter und eine Hundertschaft der Polizei. Es machte den Anschein, als ob die Polizei das Parlament unter Kontrolle gebracht hätte.

Das Parlament muss mehr Rückgrat zeigen! Mehr Rückgrat auch, wenn es darum geht, Initiativen wie die Minarettinitiative als gültig oder ungültig zu beurteilen. Wir dürfen solche Entscheidungen nicht einfach an das Bundesgericht delegieren, sondern müssen den Mut haben, politisch zu entscheiden. Eine Ungültigkeitserklärung durch das Parlament hätte im Fall der Minarettinitiative auch eine Debatte ausgelöst, allerdings eine rein innenpolitische.

In der FDP zum Beispiel fand aber nie eine Grundsatzdiskussion zur Minarettinitiative statt. Die Parteileitung war überzeugt, dass die Initiative abgelehnt und das "Nein" dafür sorgen würde, dass auch weiterhin keine irritierende Diskussionen über Werte geführt werden muss. Noch schlimmer scheint es der CVP ergangen zu sein: Ihr Präsident hatte kurz nach der Abstimmung jedes Gefühl zu den eigenen Werten verloren und musste sich einige Tage später für seine Äusserungen entschuldigen.

Dabei hätte die FDP auf das Thema durchaus vorbereitet sein können. Vor immerhin drei Jahren hatten wir bereits ein Integrationspapier verfasst und darauf basierend vom Bundesrat ein Integrationsgesetz verlangt. Mit dem Ziel, eine Diskussion über dieses Thema zu führen. Aber wir fanden dafür weder bei der CVP noch der SVP Unterstützung. Wie so oft haben wir es anschliessend verpasst, die Niederlage im Parlament in einen Sieg umzumünzen und eine Initiative dazu zu formulieren, die es dem Volk überlassen hätte, darüber zu entscheiden, ob es das Prinzip "Fordern und Fördern" bei der Integration in der Verfassung verankert haben will. In diesem Sinne kann die Annahme der Initiative auch als eine Chance für uns und für die Schweiz angesehen werden, um die Diskussion aufzunehmen, was wir in der Schweiz fordern und fördern möchten.

Aus meiner Sicht ist schulischer Erfolg die Grundlage, damit sich Jugendliche der zweiten Generation bei uns integrieren können. Für ein Jahr wohne ich mit meiner Familie in Genf. Ich und meine Kinder lernen Französisch, was vor allem für die Kinder einen ziemlichen Stress bedeu-



Illustration: Silvan Wegmann, www.swen.ch

tet. Sie haben pro Tag in einer Sonderklasse eine Unterrichtsstunde für Fremdsprachige und zusätzlich hat jedes Kind noch zwei Privatstunden. Das führt dazu, kombiniert mit dem Support zu Hause – meine Frau übt jeden Tag mit allen vier Kindern – dass sie die Integration innert einem halben Jahr geschafft haben.

Wenn ich mir überlege, wie diese Situation in einer „normalen“ Immigrantenfamilie aussehen könnte, so habe ich Zweifel, ob die Anstrengungen reichen, Voraussetzungen für eine gute Integration zu schaffen. Zwei Wochenstunden Deutsch für Fremdsprachige und der Support zu Hause, wo die Eltern häufig die deutsche Sprache auch nicht beherrschen, reichen kaum. Ohne genügende Sprachkenntnisse kann man sich aber nicht mit der Kultur auseinander setzen. Das jedoch ist die Forderung, die wir allen Immigranten stellen müssen. Das bedeutet aber, dass wir bereit sein müssen, mehr Geld für die Kinder aus andern Kulturen auszugeben, um ihnen unsere Sprache beizubringen. Geld notabene, welches wir sicher dann sparen können, wenn Immigrantenkinder mit 16 eine Lehrstelle finden oder eine weiterführende Schule besuchen können.

Nun haben wir uns die Debatte mit dem Abstimmungsresultat doch noch aufgezwungen, allerdings zu spät und jetzt findet sie auf der Weltbühne statt. Und schon im ersten Akt passiert dabei Erstaunliches. Obwohl die vereinigte Bundesversammlung, gestützt auf die Botschaft des Bundesrates, noch am 12. Juni 2009 die Initiative für gültig erklärte, sind nun viele Parlamentarier der Ansicht, dass sie eigentlich ungültig sei. Meiner Meinung nach wäre es besser gewesen, wenn man die Initiative damals als ungültig erklärt hätte. Ich habe seinerzeit im Rat auch dementsprechend gestimmt. Aber nach der Volksabstimmung ist diese Diskussion müssig: Die Initiative ist gültig und die Verfassungsänderung definitiv. Und man kann mit dieser Änderung ohne Probleme leben. Denn zum einen ist es in einigen Ländern, in denen der Islam die Staatskirche ist, nicht möglich, Kirchen zu bauen, teils sogar verboten, den christlichen Glauben zu praktizieren. Diese sollen erst die Religionsfreiheit als solche garantieren, bevor sie unsere rein bauliche Einschränkung kritisieren. Zum anderen kennt die Schweizer Geschichte durchaus Fälle, in denen Religionen diskriminiert wurden, ich erinnere nur an den Bischofs- oder den Jesuitenartikel.

Doch: Was genau hat das Volk denn eigentlich entschieden? Faktisch nur, dass es im Moment keine Minarette will. Interpretationen können zwar gemacht werden, bleiben aber nichts als Interpretationen. Die einzige für mich zulässige Interpretation ist, dass die Bevölkerung eine Debatte über das Verhältnis von Religion und Gesellschaft erwartet. Aus dieser Diskussion heraus werden mit Sicherheit neue politische Vorstösse entstehen, die wiederum von der Bevölkerung beurteilt werden müssen. Diese Vorstösse werden dann klarer umschreiben, wie Staat und Religionen zueinander stehen sollen. Erst deren Resultate werden ein Bild davon zeichnen, wie tolerant und offen die Schweiz in Fragen der Religionsfreiheit ist. Bis dahin sollte man mit all den weiterführenden Interpretationen vorsichtig sein.

Für das zu Ende gehende Jahr kann man nur noch Bilanz ziehen, für das kommende hingegen noch Wünsche hegen. So wünsche ich mir, dass das Parlament offener und selbstbewusster den Problemen und Ängsten der Bevölkerung gegenübertritt und sich die Legitimation als Volksvertretung immer wieder von neuem erarbeitet.

Ich habe mir übrigens das Buch "Die andere Seite" von Alfred Kubin (in der Erstauflage 1909 erschienen) gekauft. Angesichts der aktuellen politischen Lage, in der sich das "Paradies" Schweiz befindet, die passende Lektüre, finde ich.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten



Ruedi Noser
Nationalrat

Man kann mich übrigens auch auf [Facebook](#) antreffen.